

**Wahlprogramm
zur Landtagswahl 2017
der Freien Demokratischen Partei
Landesverband Saarland**

„Das neue Saarland.“

(Beschlossen auf dem Landesparteitag
in Illingen am 9. Juli 2016)

Quelle/Zitierweise:

<https://www.fdp-saar.de/landtagswahl/wahlprogramm/> (Binary Large Object); 18.5.2018
Archiviert als PDF-Dokument; Signatur IN5-516



Wahlprogramm

Das neue Saarland.

Wahlprogramm zur Landtagswahl 2017

Saarland: Land der neuen Chancen
(Vorläufige Fassung vorbehaltlich des Wortprotokolls)

Inhalt

Präambel	2
Beste Bildung für das Saarland	2
Frühkindliche Bildung	2
Ganztagschulen	3
Kulturelle Teilhabe	3
Digitalisierung der Bildung	4
Inklusion	5
Lehramtsausbildung	5
Hochschule	5
Vorankommen durch eigene Leistung	6
Infrastruktur	6
Wirtschaft	8
Bahnverkehr	8
Breitbandausbau und Digitalisierung	10
Steuern und Abgaben	10
Lebenswertes Saarland	11
Naturschutz	11
Energie	11
Tourismus	11
Ehrenamt	12
Ein unkomplizierter Staat	12
Verwaltung	12
Polizei	12
Landkreise	13
Digitale Verwaltung	13
Chancen schaffen und nutzen	13
Integration	13
Grubenwasser	14
Politik, die rechnen kann	14
Finanzen	14
Polizei und Justiz	14
Kommunen	15
Selbstbestimmung in allen Lebenslagen	15
Krankenhäuser	15
Ärztemangel	16
Drogenpolitik	17
Sport	17

Wahlprogramm zur Landtagswahl 2017

Saarland: Land der neuen Chancen

Das Saarland ist in vielen Indikatoren Schlusslicht, aber wir wissen: Das Saarland kann mehr, will mehr und verdient mehr. Wir, die SaarLiberalen, wollen, gemeinsam mit den Saarländerinnen und Saarländern, mit Mut und Optimismus die Herausforderungen der Finanzlage, des demographischen und wirtschaftlichen Wandels gestalten: Unsere Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit: Mehr Freiheit! Sie führt zu mehr Chancen für alle Saarländerinnen und Saarländer. Aufgabe des Staates ist die Rahmensetzung und seine Einhaltung und Durchsetzung und nicht die detaillierte Ausführungsbestimmung! Wir wollen nicht den Status quo erhalten, sondern durch neues Denken das Saarland zum Land der Chancen machen.

Die Rangfolge staatlicher Aufgaben bestimmt staatliches Handeln, und daraus müssen die Ausgaben-Prioritäten abgeleitet werden.

1. Innere und äußere Sicherheit (Polizei und Justiz)
2. Ausbau und Unterhaltung der Infrastruktur (Verkehrswege, Informationsnetze, öffentliche Dienstleistungen, nicht: öffentliche Verwaltung)
3. Bildungsangebote und –leistungen.

Beste Bildung für das Saarland

Bildung ist Voraussetzung für ein freies und selbstbestimmtes Leben. Bildung schafft Lebenschancen. Wir wollen, dass jeder Mensch seine Chancen durch gezieltes Fördern und Fordern seiner Talente nutzen und sich frei entfalten kann. Wir wollen die beste Bildung im Saarland durch mehr Freiheit und Entscheidungskompetenzen für Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen: Eigene Verantwortung bringt bessere Ergebnisse, weil jede Einrichtung die Bedürfnisse ihrer Kindergartenkinder, Schüler und Studierenden am besten kennt und so in der Lage ist, die passendsten Angebote zu entwickeln. Dies bedeutet: Wahlfreiheiten müssen gestärkt werden: Ob Sprachenfolge, ob gebundene oder freiwillige Ganztagschulen, ob G8 oder G9, Eltern, Schüler und Lehrer müssen entscheiden können, welches Konzept für sie am besten passt.

Armut darf nicht vererbt werden, Talente dürfen nicht vergeudet werden: Kinderarmut nimmt Lebenschancen – der beste Weg aus Kinderarmut sind Bildungschancen unabhängig vom Elternhaus.

Um dies zu ermöglichen, müssen Eltern und Alleinerziehende Rahmenbedingungen vorfinden, die es ihnen auch unter anderem ermöglichen, bei Bedarf Vollzeit arbeiten zu können. Daher fordert die FDP einen Ausbau der bedarfsgerechten Versorgung mit Krippen- und Kindergartenplätzen, auch in Tagesrandzeiten, und - sofern notwendig - bis hin zu 24 Stunden am Tag geöffneten Einrichtungen, mindestens einmal pro Landkreis. Die frühkindliche Bildung soll durch den Einsatz akademisch ausgebildeter Kräfte in den Kindergärten erweitert werden. Gleichzeitig gilt es, die Ausbildung des Erzieherberufes und

die Bezahlung des Erzieherberufes zu verbessern durch „3A's“: Anreiz, Ausbildung und Auswahl.

Zentral für die Erweiterung der eigenen Lebenschancen ist, die Sprache des Landes zu verstehen und zu sprechen, in dem man lebt. Um Chancengerechtigkeit in der Schule herzustellen, fordern wir allgemein verpflichtende Sprachtests vor der Einschulung für alle angehenden Schulkinder. Bei nicht hinreichender Beherrschung der deutschen Sprache fordern wir eine besondere Sprachförderung der betreffenden Kinder.

Ganztagschulen haben eine wichtige Funktion, Lebenschancen zu vergrößern: Von Schülerinnen und Schülern, weil sie die Möglichkeit haben, mehr zu lernen, von Eltern, weil sie während ihrer Berufstätigkeit wissen, dass ihre Kinder angemessen betreut werden.

Im Haushaltsnotlageland Saarland ist eine Umwandlung aller bestehenden (Grund)-Schulen in gebundene Ganztagschulen unrealistisch und nicht gewollt. Um eine echte Wahlfreiheit zwischen freiwilliger und gebundener Ganztagschule für Schüler und Eltern wiederherzustellen, sind die bestehenden Benachteiligungen der freiwilligen Ganztagschulen und die einseitige Förderung der gebundenen Ganztagschule zu Lasten der freiwilligen Ganztagschule zu beseitigen.

Für Kinder ist es wichtig, weibliche und männliche Bezugspersonen zu haben. Der derzeitige Mangel an männlichen Bezugspersonen bis hin zur weiterführenden Schule schadet Jungen und Mädchen. Wir setzen uns dafür ein, dass verstärkt auch um männliche Erzieher und Grundschullehrer geworben wird und ihnen diese Berufe nähergebracht werden.

Die Schule soll Schülerinnen und Schüler bestmöglich auf ein selbstbestimmtes Leben vorbereiten. Wir fordern daher, Wirtschaftslehre als Fach in allen weiterführenden Schulen einzuführen, um Schüler für wirtschaftliche und gesellschaftliche Zusammenhänge zu sensibilisieren.

Kultur ist ein zentraler Aspekt von Bildung. Die FDP befürwortet grundsätzlich die staatliche Unterstützung von Kultureinrichtungen und deren Nutzung durch alle Bürger und Bildungseinrichtungen. (Das Land und die Kommunen sollten in einem Kulturentwicklungsplan die saarländische Kulturszene gemeinsam weiterentwickeln) Wir plädieren dafür, dass Dozenten/Studierende/Künstler aus dem Bereich der Kultureinrichtungen verstärkt in Kitas und Schulen auftreten, um damit frühzeitig Kompetenzen zum Kunstverständnis zu vermitteln. Kunstmuseen als zentrale Institutionen unserer Gesellschaft sollten im Rahmen des Kunstunterrichtes verpflichtend zu Lernorten schulischer Bildung werden, um Kindern jenseits des Bildungshintergrunds ihrer Eltern die Teilhabe am kulturellen Erbe zu ermöglichen. Regelmäßige gemeinsame Konzert- und Theaterbesuche sollten ebenso der von uns propagierten Bildungsgerechtigkeit dienen. Die Musikfestspiele Saar als erfolgreiches Aushängeschild des Landes müssen erhalten bleiben; insofern darf ihr Subventionsbedarf nicht einem neuen Popfestival geopfert werden. Die Bürgerinitiative zum Bau einer Saar-Philharmonie wollen wir unterstützen. Der Erhalt des Festivals „Max-Ophüls-Wettbewerb“ und „Perspectives“ ist durch Beteiligung des Landes zu garantieren.

Der SR als öffentlich-rechtlicher Rundfunk hat die Aufgabe, Bildungsangebote und die Förderung regionaler Kultur in seinem Programm besonders zu berücksichtigen. Die Konkurrenz zu privaten Sendern im Unterhaltungsbereich lehnen wir ab.

Die FDP Saar möchte einen Museumspass einzuführen, mit dem Schüler, Auszubildende und Studierende kostenfrei saarländische Museen besuchen können. Kunst ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Kultur und Bildung, deshalb sollen junge Menschen durch einen kostenfreien Museumspass einen erleichterten Einstieg zur Kunst erhalten.

Auch die Vermittlung von Wissen über ein gesundes Leben, insbesondere in Bezug auf Ernährung, ist Grundlage für ein dauerhaft selbstbestimmtes Leben. Entsprechende Angebote sollen nicht allein in Kindertagesstätten, sondern auch in Schulen und Hochschulen gemacht werden.

Mit dem allumfassenden Trend der Digitalisierung wird sich die Berufs- und Lebenswelt aller Menschen stark verändern. Digitale Kompetenzen erhalten den Rang einer Kulturtechnik, so wie das Lesen, Schreiben und Rechnen. Wir müssen dafür sorgen, dass Kinder und Jugendliche frühzeitig und kompetent im Umgang mit diesen Medien geschult werden. Unsere Schulen sind auf diese Aufgabe bisher unzureichend vorbereitet. Das wollen wir ändern. Die FDP Saar setzt sich für mehr Medienkompetenz an den Schulen ein. Das heißt nicht nur Lernen mit digitalen Medien, sondern auch Lernen über digitale Medien. Die FDP Saar fordert daher einen Bildungspakt zwischen Land und Schulträgern, um durch Digitalisierung die Bildung zu stärken: Wir wollen vernetzte Schulen und Hochschulen. Wir wollen die Aufnahme von Digitalthemen in die Lehrpläne und durch den Einsatz von multimedialem Unterricht und entsprechender Software die Bildung stärker individualisieren. Das Saarland soll zu einem Modell für digitales Lernen werden, das vernetzte Klassenzimmer soll Standard werden.

Darüber hinaus ist die Schule eine Institution der Wertevermittlung: Demokratie, Freiheit, Toleranz, Leistung und Eigenverantwortung sind Werte, die hier gelebt und auch vorgelebt werden müssen.

Hohe Ausfallzeiten in Schulen berauben Schülerinnen und Schüler der Möglichkeit, Bildung zu erwerben und damit ihre Lebenschancen zu vergrößern. Daher fordern die SaarLiberalen eine Minimierung der Ausfallzeiten in Schulen.

Die Freien Demokraten setzen sich dafür ein, dass Menschen mit Beeinträchtigung ihr Leben ebenfalls selbstbestimmt und möglichst eigenverantwortlich in die Hand nehmen können. Für das Land, die Schulträger und Schulen bedeutet dies, Inklusion durch entsprechende pädagogische Angebote und Ressourcen zum Erfolg zu führen. Eltern brauchen profunde Beratungen, um zwischen Förderschule und Schwerpunktschule die geeignete Schule für ihr Kind zu finden. Die Freien Demokraten fordern den Erhalt der Förderschulen, eine Sicherstellung der Durchlässigkeit zwischen den Schulformen, lehnen jedoch eine zwanghafte Inklusion ab, solange die Träger weder personell noch sachlich die Voraussetzungen hierfür geschaffen haben.

Bildungschancen dürfen nicht an Ländergrenzen stoppen. Deshalb setzt sich die FDP dafür ein, durch den Abbau bürokratischer Schranken und durch vereinheitlichte Standards die

bildungspolitischen Chancen aller Kinder und Jugendlichen auch bei einem Wechsel in ein anderes Bundesland zu verbessern. Obwohl immer mehr Mobilität gefordert wird, bedeutet der Umzug von Eltern mit Schulkindern in andere Bundesländer derzeit noch den Verlust wertvoller Bildungschancen und Bildungszeit.

Die Referendarausbildung muss saarländischen Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärtern endlich wieder Motivation und eine Zukunftsperspektive bieten. Vergütung, Stellenanzahl und Verträge dürfen potenzielle Referendare und damit künftige Lehrerinnen und Lehrer nicht länger in andere Bundesländer vertreiben. Es ist außerdem das falsche Signal und nicht nachhaltig, den durch die Flüchtlingssituation entstandenen Mehrbedarf an Lehrpersonal durch Streichung von Referendarstellen im Förderschulbereich gegenfinanzieren zu wollen. Gerade im Bereich der Förderschulen müssen ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden. Gut ausgebildete Förderschullehrerinnen und Förderschullehrer sind unverzichtbar, um die Herausforderungen der Inklusion bewältigen zu können. Die beste Bildung in saarländischen Schulen kann nur dann erworben werden, wenn sich die Lehrkräfte auf dem fachlich wie pädagogisch aktuellen Stand halten. Hierzu fordert die FDP stärkere Anreize für Lehrkräfte, sich fortzubilden. Das Land hat entsprechende Angebote vorzuhalten.

Wir wollen die Schulautonomie durch ein Schulfreiheitsgesetz stärken. Wir wollen mehr Freiheit bei Fragen von Personal und Profil der Schule. Das Budget der Einzelschulen soll sich dabei sachbezogen an den Schülerzahlen und den Besoldungsstufen der Lehrer, nicht aber allein an der Schulform orientieren. Als Weltsprache bekennen wir uns zu Englisch als erster Fremdsprache. Die Schulen bieten in Eigenverantwortung eine zweite Fremdsprache (z.B. Französisch, Spanisch, Italienisch) an, die sich an der Nachfrage der Eltern, Schülerinnen und Schüler und Betriebe orientiert. Statt Gleichmacherei im Bildungsbereich wollen wir Transparenz durch Bildungsindikatoren. Die Leistung von Bildungseinrichtungen soll anhand von Erfolgskriterien bewertet werden, die für Eltern, Schüler und Studierende Transparenz schaffen. Schulen und Hochschulen in privater Trägerschaft ist – wenn sie den staatlichen Bildungsstandards genügen – dieselbe Mittelausstattung zur Verfügung zu stellen wie staatlichen. Sie erhöhen die Vielfalt im Bildungswesen. Die FDP Saar setzt sich für die Digitalisierung der saarländischen Schulen ein. Die Digitalisierung bietet Chancen und Möglichkeiten, die unser Bildungssystem verbessern kann und unsere Schüler optimal auf die Zukunft vorbereitet.

Hochschulen sind nicht nur Orte des Lehrens und Lernens, sondern auch eine wichtige Basis für Wachstum und Zukunft des Saarlandes. Die Streichung von nachgefragten Studiengängen lehnt die FDP daher ab. Auch wenn die FDP die saarländischen Hochschulen in der Pflicht sieht, gemäß der Haushaltslage des Landes zu handeln, darf dies jedoch nicht zu Lasten des Studienangebotes gehen, sondern muss durch Bürokratieabbau und Kosteneffizienz an der Hochschule erfolgen.

Insbesondere Bachelor-Studiengänge sind häufig sehr „verschult“. Die FDP fordert stärkere Wahlmöglichkeiten und damit verbunden auch mehr Selbstständigkeit und Eigenverantwortung in der Gestaltung des eigenen Studiums. Dies gilt insbesondere für Kompetenzen, die die Chancen in der späteren Berufstätigkeit erhöhen, also beispielsweise Kenntnisse zur Unternehmensgründung, aber auch Schlüsselkompetenzen. Auch wollen wir

eine stärkere Einbindung von Industrie 4.0- Themen in Lehrstühle und Studiengänge sowie in die MINT-Fächer.

In Zeiten rasch wachsenden Wissens wird lebenslanges Lernen zu einer zentralen Ressource. Die FDP Saar fordert ein Landesprogramm, mit dessen Hilfe die saarländischen Bildungseinrichtungen entsprechende, bevorzugt online-basierte Weiterbildungsangebote erarbeiten. Ebenfalls sehen die SaarLiberalen eine große Chance in e-Learning Angeboten bei den Übergängen zwischen den verschiedenen Bildungseinrichtungen. Bildungswege werden individueller, sodass die Kenntnisse von Studierenden zum Studienbeginn sehr unterschiedlich sein können. So steigt die Zahl von Studierenden, die ihre Hochschulzulassung nicht klassisch über den Weg Schulabschluss - (Fach-)Abitur erworben haben. Die SaarLiberalen fordern daher ein Landesprogramm zur Förderung des online-basierten Lernens, vergleichbar der „Virtuellen Hochschule Bayern“ (vhb), im Idealfall gemeinsam mit anderen Bundesländern.

Eine größere Hochschulfreiheit und Hochschulautonomie ist Voraussetzung für die beste Nutzung der Potenziale der saarländischen Hochschulen. Dies gilt nicht allein für Forschung und Lehre, sondern auch für den Bau und die Erhaltung von Gebäuden. Hier hat sich das Landesamt für Zentrale Dienste als Bauträger nicht bewährt. Die SaarLiberalen fordern daher, die Bauträgerschaft den Hochschulen zu übertragen und ihre Mittelausstattung in angemessenem Maße zu erhöhen. Aufgrund des zum Teil desaströsen Zustandes der Hochschulgebäude fordert die FDP Saar hierzu ein Bauprogramm Hochschulen durch das Land.

Eine gute Bildungspolitik darf sich nicht länger nur an der Zahl der Absolventen orientieren. Im Gegenteil, neueste Erkenntnisse zeigen immer deutlicher, dass die derzeitige Inflation der Bildungsabschlüsse durch eine massive Absenkung der Standards erkauft wurde. Wir setzen uns für eine Bildungspolitik ein, die in erster Linie auf eine gute Ausbildung der Absolventen abzielt, und nicht allein auf eine hohe Absolventenanzahl.

Vorankommen durch eigene Leistung

Eine leistungsfähige Gesellschaft braucht eine leistungsfähige Infrastruktur. Vor allem die Wirtschaft, die saarländischen Unternehmen sind darauf angewiesen. Im Bereich Infrastruktur ist im Saarland während der letzten 10 Jahre eine ständig wachsende Investitionslücke entstanden, in Höhe von rund 1 Milliarde Euro. Das Land und die saarländischen Kommunen investieren fast ein Drittel weniger als die anderen Bundesländer. Die Investitionsquote, der Anteil der Investitionen am Gesamtbudget, ist unter 10% gesunken. Diesen Investitionen sind auch die Aufwendungen für Sanierung und Instandhaltung hinzuzurechnen. Es gibt im Saarland einen riesigen Sanierungsstau bei Straßen, Brücken und öffentlichen Gebäuden. Allein bei den Hochschulen besteht ein Sanierungsstau in Höhe von 400 Millionen Euro. Neben diesem Reparaturbedarf muss im Haushalt aber auch genügend Spielraum bleiben für offensive Zukunftsinvestitionen. Diesen notwendigen Spielraum kann das Saarland nur erhalten, wenn bei den Haushaltssmitteln

umgeschichtet wird von konsumtiven Ausgaben zu investiven Ausgaben. Die Grundlage dafür soll ein kurzfristig zu erstellender 10-jähriger Investitionsplan bilden.

Das Saarland war über ein Jahrhundert lang abhängig von der Montanindustrie. Diese Abhängigkeit barg immer ein sogenanntes Klumpenrisiko in sich, das heißt: ein Abschwung der Montanindustrie hatte für das ganze Saarland überproportional negative Folgen. Die Stahlindustrie bildet immer noch einen Schwerpunkt der Saarwirtschaft, hinzugetreten sind Fahrzeugbau, Maschinenbau und Automatisationstechnik. Ein Abschwung auf dem Automobilmarkt aber würde für das Saarland zu einem schwerwiegenden Problem, ein neues Klumpenrisiko. Nun gibt es im Saarland bereits vielversprechende Ansätze für neue Technologien wie „Systems Engineering“ und „Industrie 4.0“. Da Digitalisierung und Globalisierung die Entstehung von Klumpenrisiken beschleunigen und verstärken, muss die Wirtschaftspolitik im Saarland die Entwicklung von Schlüsseltechnologien fördern wie Informations- und Kommunikationstechnologie, intelligente Verkehrssysteme, neue Werkstoffe und Materialien, Quantentechnologie, Gesundheits- und Medizintechnik. Investitionen in Schlüsseltechnologien korrelieren direkt mit der Produktion in der Weise, dass zielgerichtete Forschungsaufwendungen in Zusammenarbeit mit der Industrie Steigerungen in der Produktion zur Folge haben. Ein zentrales Ziel saarländischer Politik muss heißen: Wir brauchen mehr verschiedene Unternehmen mit unterschiedlichen Geschäftsmodellen, wir brauchen mehr Diversifikation.

Dabei kommt es entscheidend darauf an, Forschung und Lehre an saarländischen Hochschulen stärker am Bedarf der regionalen Wirtschaft zu orientieren. Vor allem der Bereich Ingenieurwissenschaften muss an der Universität stärker ausgebaut werden. Investitionen in die Ausbildung von Ingenieuren zahlen sich im Saarland letztlich nicht nur in Heller und Pfennig, sondern direkt in Arbeitsplätzen aus.

Bei der Zusammenarbeit von Hochschulen und Unternehmen spielt die Informations- und Kommunikationstechnologie eine wesentliche Rolle. Die Digitalisierung hat Auswirkungen auf die Wirtschaftsstruktur, auf Arbeitsverhältnisse, Produktionsprozesse und Wertschöpfungsketten. Sie führt zu einem tiefgreifenden Strukturwandel. Digitalisierung und Globalisierung verursachen disruptive Veränderungen, die alle Lebensbereiche erfassen. Disruption (Unterbrechung) ist eine Methode, die unvorhergesehene Innovationen schafft. Deshalb ist Digitalisierung so vordringlich für den saarländischen Mittelstand. Aufgabe saarländischer Wirtschaftspolitik ist nicht nur der flächendeckende Ausbau des Breitbandinternets, ebenso dringend ist die Förderung der Digitalisierung in kleinen und mittleren Unternehmen, z.B. in Handwerksbetrieben. Die Förderung des Mittelstandes ist dauerndes Anliegen liberaler Politik, besonders die von Unternehmensgründungen (sogenannter Start-ups).

Es ist nicht Aufgabe des Staates, selbst wirtschaftlich tätig zu sein. Das hat uns das Völklinger Fischzuchtdebakel gezeigt. Wir wollen mehr Unabhängigkeit für die Kommunalaufsicht und den Paragraphen 118 KSVG verschärfen. Mit dessen Hilfe kann den Kommunen erlaubt werden, auch dort wirtschaftlich tätig zu werden, wo nur der Wettbewerb freier Marktteilnehmer herrschen sollte. Es ist vielmehr Aufgabe der Wirtschaftspolitik, Freiräume für unternehmerische Initiativen zu schaffen. So kann saarländische Wirtschaftspolitik in Zusammenarbeit mit Wirtschaftsorganisationen wie IHK und HWK technologie- und

branchenübergreifende Ansätze fördern, z.B. den Aufbau von „cross-over-cluster“-Aktivitäten. Sie kann und sie sollte unternehmensübergreifende Kooperationen und die Zusammenarbeit von Unternehmen mit Universitäten und Hochschulen fördern.

Alle Überlegungen zu grenzüberschreitenden Geschäftsideen, zu unternehmensübergreifender Kooperation und zu innovativen Geschäftsmodellen treffen auf einen Wirtschaftssektor besonders zu, den der Kreativwirtschaft. Darunter sind so heterogene Unternehmensfelder zusammengefasst wie Bücher, Medien, Kunst, Architektur und Informationstechnik. Im Saarland sind in diesem Sektor rund 2300 Menschen beschäftigt, sie erzielen einen Umsatz von fast 1 Milliarde €. Die externe Vernetzung der Kreativwirtschaft lässt aber noch viel zu wünschen übrig, die Zusammenarbeit mit den Hochschulen muss wesentlich besser ausgebaut werden.

Der saarländischen Wirtschaft fehlen Fachkräfte. Ausbildung des Nachwuchses und Fachkräftegewinnung durch gezielte Einwanderung reichen nicht aus, um dieses Problem zu lösen. Vordringlich ist die Nutzung vorhandener Potenziale. Fachkräftesicherung muss mehr als bisher Aufgabe saarländischer Wirtschaftspolitik werden. Die Potenziale älterer Arbeitnehmer über 50 Jahre sind durch eine lebensphasenorientierte Personalpolitik besser auszuschöpfen – mit Hilfe eines betrieblichen AlterNsmanagements, das die Leistungsfähigkeit der Arbeitnehmer in allen Perioden ihrer beruflichen Laufbahn erhält, Erfahrung und Lernfähigkeit bewahrt und für Kontinuität sorgt. Kernpunkt des AlterNsmanagements ist lebenslanges Lernen. Gleichgültig welcher Abschluss im Bildungs- und Ausbildungsprozess erreicht wird, ob mittlere Reife, Abitur oder Hochschulabschluss, niemand darf mehr glauben, damit sei es fürs ganze Leben getan. Wer heutzutage nicht schon kurz nach Eintritt ins Berufsleben beginnt, sich fortzubilden, wird in absehbarer Zeit ins Hintertreffen geraten. Beschäftigungsfähigkeit (employability) setzt lebenslanges Lernen voraus (permanent learning). Dafür muss in erster Linie jeder Einzelne selber sorgen, das ist seine eigene Verantwortung. Fortbildung liegt aber auch im Eigeninteresse der Unternehmen. Und sie ist darüber hinaus eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Umso alarmierender ist, dass das Saarland im neuen Weiterbildungsatlas Schlusslicht ist, wenn auch zusammen mit Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und NRW. Das muss sich ändern. Lebenslanges Lernen muss im Saarland gleichberechtigt neben vorschulische Erziehung, Schul- und Hochschulbildung treten.

Gleichzeitig muss auch das Potenzial junger Menschen besser genutzt werden. Das ist allein schon durch Absenkung von Abbrecherquoten im Bildungssystem sowie durch den Ausbau und die Optimierung der Berufsschulbildung möglich. Das duale System ist ein Alleinstellungsmerkmal unserer Bildungspolitik, ein „USP“ (unic selling point) Deutschlands neben Österreich und der Schweiz. Vor einer einseitigen Akademisierung aller Berufe ist zu warnen. Universität und Hochschule sind nicht allein der Königsweg für den Erfolg. Das duale System ist einer der wichtigsten Faktoren für den Erfolg Deutschlands in den letzten Jahrzehnten und muss seinen eigenständigen Rang im Bildungssystem neben der Hochschulausbildung behalten. Auch Investitionen in das duale System sind Zukunftsinvestitionen für das Saarland.

Für die Saarländische Wirtschaft und alle Arbeitsplätze im Saarland ist eine leistungsfähige öffentliche Infrastruktur erforderlich. Daher fordert die FDP den Erhalt und die

bedarfsorientierte Pflege der Infrastruktur im Saarland. Dies gilt für die Straße, die Schiene, die Wasserstraße sowie das Radwege- und Fußgängerwegenetz. Das Saarland liegt im Herzen Europas und darf nicht vom Schienenverkehrsnetz abgehängt werden. Wir wollen durch gemeinsame Planung und Ausschreibungen mit Rheinland-Pfalz und der Großregion den Bahnverkehr stärken. Das Saarland muss auf die französischen Partner einwirken, den notwendigen Ausbau der Strecke Forbach-Baudrecourt zur Sicherung des Nordastes der Verbindung Frankfurt-Paris schnellstmöglich umzusetzen. Auch gilt es, die Anbindung des Saarlandes an den wirtschaftlichen Motor der Großregion, Luxemburg, zu stärken:

- Die FDP Saar setzt sich für die Einrichtung eines grenzüberschreitenden Pilotprojektes im Bahnverkehr zwischen Saarbrücken und Luxemburg ein.
- Die FDP Saar setzt sich für die Aktivierung der S-Bahnstrecke Homburg-Zweibrücken ein.

Die Anbindung an den internationalen Luftverkehr ist ein wichtiger Standortfaktor einer Region. Der Flughafen Saarbrücken ist bedarfsgerecht weiterzuentwickeln, wobei insbesondere auf eine effizientere Organisation seines Betriebs zu achten ist. Die FDP hält an der Wichtigkeit eines guten Fernbusverkehrsnetzes fest und sieht das Saarland hier in der Pflicht, diesem – auch aufgrund seiner zentralen Lage in Europa – Rechnung zu tragen. Daher fordert die FDP, einen angemessenen Zentralen Omnibusbahnhof in unmittelbarer Nähe zum Saarbrücker Hauptbahnhof und der Saarbahn zu errichten. Die Freien Demokraten fordern darüber hinaus die Entwicklung einer langfristigen Strategie zur verstärkten An- und Einbindung des Landes in nationale und grenzüberschreitende Verkehrsnetze.

Die FDP Saar fordert eine Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Personennahverkehrs, denn auch die Möglichkeit zur Teilnahme am Verkehr ist eine Voraussetzung zur Vergrößerung von Lebenschancen und Teilhabe. Verbesserungen im öffentlichen Personennahverkehr sind insbesondere bei der Taktung von Tagesrandzeiten, vor allem freitags und samstags erforderlich. Dringend notwendig ist es aber auch, den Zustand und die Barrierefreiheit von Bahnhöfen und Haltestellen zu verbessern sowie den Ausbau von Park- und-Ride-Systemen an geeigneten Standorten voran zu treiben. Die Freien Demokraten halten die landesweite Organisation eines einheitlichen öffentlichen Nahverkehrssystems für sinnvoll, welches das ganze Land mit Bahnen und Bussen mit kurzer Taktung und einheitlichen Tarifen verbindet.

Das Saarland ist in weiten Teilen von seiner montanindustriellen Vergangenheit und auch weiterhin von Industrieunternehmen geprägt. Die FDP will auch durch eine marktwirtschaftlichere Energiepolitik dafür sorgen, dass das Saarland auch weiterhin ein Industrieland bleibt. Die FDP Saar hält auch für die weitere Entwicklung des Landes den Erhalt der Stahlindustrie für entscheidend. Die Steigerung von Umweltstandards in der EU darf nicht dazu führen, dass Stahlstandorte hier aufgegeben werden müssen, um den Stahl in anderen Teilen der Welt deutlich umweltbelastender herzustellen. Die FDP Saar setzt sich mit Nachdruck dafür ein, industrielpolitische Regelungen zu schaffen, die Ausdruck einer umwelt- und industriefreundlichen Standortpolitik sind, ein Abwandern der Industrien verhindern und damit die industrielle Wertschöpfung umfänglich weiterhin zu ermöglichen. In diesem Sinne muss das Saarland auch auf die Bundesregierung einwirken.

Unser Wohlstand entsteht durch Unternehmertum. Wer Verantwortung für sich und andere eingeht, darf nicht bürokratisiert werden – wir wollen es erleichtern, Zukunft zu schaffen.

Dabei geht es nicht nur darum, bestehenden Unternehmen zu ermöglichen, sich auf ihre Kernaufgabe zu konzentrieren und mit Hilfe hochwertiger Produkte, Wohlstand zu schaffen. Es geht auch darum, Menschen die Chance zu geben, selbst Unternehmer zu werden. Wir wollen Existenzgründungen stärken: Wagniskapital, Stärkung der Gründungstätigkeit von Absolventinnen und Absolventen von Hochschulen und aus dem Handwerk, Bürokratieabbau bis hin zur Erweiterung der Befreiung von der Kammerpflicht in den ersten Jahren nach Existenzgründung.

In einer Informations- und Wissensgesellschaft wie der Bundesrepublik ist der Zugang zum schnellen Internet sowohl für die ökonomische wie soziale Teilhabe von zentraler Bedeutung. Daher will die FDP den flächendeckenden Zugang zur Breitband-Internetversorgung durch einen Masterplan „Digitalisierung und Infrastruktur“ vorantreiben. Wir wollen eine Vernetzungsstelle Digitalisierung mit einer oder einem Bevollmächtigten des Landes für Digitalisierung, Informationstechnologie und E-Government, die oder der die Digitalisierungsstrategie leitet und koordiniert. Beratungs- und Lotsenprogramme sowie Austauschforen für Industrie, Hochschulen sowie kleine und mittlere Unternehmen wollen wir im Wirtschaftsministerium bündeln. Schnelles Internet ist auch Grundlage für innovative, ressourcenschonende und familienfreundliche Arbeitsorganisation. Die FDP fordert daher ein mit Unternehmen entwickeltes Pilotprogramm für das nicht standortgebundene Arbeiten (Homeoffice/Telearbeit).

Nicht nur für wirtschaftliche Aktivitäten und im Bildungsbereich sehen die Freien Demokraten an der Saar Chancen durch die Digitalisierung, auch im Bereich der Kultur. So unterstützt die FDP zum Beispiel die in Saarbrücken begonnene Kultur des Freifunks Saar.

Das Vorankommen durch eigene Leistung wird im Saarland an vielen Stellen durch überzogene Steuern und Abgaben gebremst: Das Saarland darf nicht weiter Hochsteuerland sein. Neue Belastungen auf kommunaler und Landesebene lehnen wir nicht ab, wir fordern eine Verringerung der Steuer- und Abgabenlast. In Bezug auf die Grunderwerbssteuer hat das Saarland mit 6,5 Prozent und einer Steigerung von 3 Prozentpunkten innerhalb von nur vier Jahren einen bundesweit traurigen Spaltenplatz. Eine hohe Grunderwerbssteuer schränkt die Mobilität von Menschen und damit ihre Suche nach Lebenschancen ein. Die FDP Saar fordert die Senkung der Grunderwerbssteuer für die erste, selbst genutzte private Immobilie als Anreiz für Menschen, sich dauerhaft im Saarland niederzulassen. Auf eine Steuersenkung für die erste selbstgenutzte Immobilie soll auf Bundesebene hingewirkt werden.

Ein großes Problem für saarländische Unternehmen sind die relativ hohen Standortkosten. Bei den Hebesätzen zur Gewerbesteuer liegt das Land seit Jahrzehnten deutlich über dem Länderdurchschnitt. Der Saarwirtschaft entsteht dadurch eine Sonderlast von ca. 40 Millionen Euro jährlich. Das geht zu Lasten ihrer Investitionsfähigkeit. Bei der Grunderwerbsteuer liegt das Saarland sogar an der Spitze der Länderskala. Die FDP wird sich dafür einsetzen, dass die Belastung der Wirtschaft mit Steuern, Abgaben und Gebühren nicht weiterwächst.

Lebenswertes Saarland

Kein anderes Bundesland verbindet auf engstem Raum eine so große kulturelle und natürliche Vielfalt wie das Saarland. Deshalb ist es erstrebenswert, das Saarland als gewachsene Einheit zu erhalten und zukünftig mehr aus seiner Lage im Herzen Europas zu machen. Dazu gehört, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich Kultur und Wirtschaft, ÖPNV, Polizei und Sicherheit sowie im Gesundheitswesen weiter auszubauen und zu verbessern. Insbesondere im Handwerk, in der Kultur- und Kreativwirtschaft, aber auch in anderen Bereichen der saarländischen Wirtschaft steigen die Chancen für Unternehmen und Mitarbeiter durch Förderung der berufsspezifischen Sprachkompetenz. Bei den französischen und luxemburgischen Nachbarn muss auf eine Entbürokratisierung und auf Zugangserleichterungen für das saarländische Handwerk und andere Unternehmen hingewirkt werden.

Dem demographischen Wandel zum Trotz, ist das Saarland das am dichtesten besiedelte Flächenland der Bundesrepublik. Dies ist auch bei der Unterschutzstellung von saarländischen Landschaften und der Ausweisung von Natura 2000-Gebieten zu berücksichtigen. Wir lehnen eine Ausweisung privater Flächen gegen den Willen der Eigentümer ab. Das Saarland verfügt über ein Biosphärenreservat und hat Anteile an einem Nationalpark und einem Naturpark. Die FDP fordert, die Potenziale der Regionalentwicklung dieser Großschutzgebiete zu erkennen und ihre Entwicklung zu fördern. Dies ist nach Überzeugung der Freien Demokraten auch unter Berücksichtigung privater und wirtschaftlicher Interessen der dort lebenden Menschen sinnvoll möglich.

Die Jagd erfüllt eine wichtige Funktion, um das ökologische Gleichgewicht durch die Regulierung des Wildbestandes zu fördern. Daher fordert die FDP Saar, das Jagdrecht für die Grundeigentümer und für die Jägerinnen und Jäger praktikabel zu halten und ihre Selbstverantwortung zu fördern. Auch die Jagdpolitik muss sachorientiert und wissensbasiert sein und nicht weiter Austragungsort ideologischer Grundsatzkonflikte.

Auch will die FDP langfristig erneuerbare Energien ausbauen. Der Ausbau muss sich aber an Kriterien der Wirtschaftlichkeit und Verhältnismäßigkeit orientieren. Dies bedeutet, dass der Ausbau von Energienetzen und –speichern mit der Zunahme der Erzeugungsanlagen Schritt halten muss. Daher fordert die FDP die Errichtung von Windkraftanlagen nur dort zuzulassen, wo dies auf Zustimmung der ansässigen Bevölkerung stößt. Wir wollen landeseinheitliche Abstände bis zum 10fachen der Nabenhöhe bei der Ausweisung neuer Gebiete und lehnen Windkraft in Waldgebieten und Großschutzgebieten ab.

Zu einem lebenswerten Saarland gehört eine gezielte Tourismusförderung. Ziel muss es sein, die in der Branche bereits getätigten Investitionen zu sichern, neue Investoren für den Standort zu begeistern und diese professionell zu unterstützen. Eine Tourismusförderung muss sich auf die Höhepunkte im Land konzentrieren. Förderungen nach regionalem Proporz und Gießkannenprinzip sind dabei kontraproduktiv. Es gilt, professionelle private Betreiber zu unterstützen und die semiprofessionelle Einflussnahme von Behörden, Ämtern und Mandatsträgern zu vermeiden. Jede Investition in den Tourismus trägt auch zur Steigerung der Lebensqualität im Saarland für die Einheimischen bei.

Der Demographische Wandel vollzieht sich im Saarland schneller als in anderen Bundesländern, innerhalb des Saarlandes aber durchaus differenziert. Insofern ist es die Aufgabe der Politik, eine daran angepasste Raumentwicklungs politik zu betreiben. Dies bedeutet: Anstelle von Neubaugebieten gilt es, Baulücken zu füllen und Konversionsflächen zu nutzen, um so die Lebenschancen künftiger Generationen nicht durch Kosten für Infrastrukturen, die sie nicht benötigen, zu verringern.

Bürgerschaftliches Engagement ist eine tragende Säule für eine freiheitliche Gesellschaft. Viele Vereine, Verbände, Initiativen, soziale Einrichtungen oder die Freiwillige Feuerwehr könnten ohne ehrenamtliches Engagement nicht funktionieren. In keinem anderen Bundesland wird das Ehrenamt so gelebt wie im Saarland. Die Stärkung des Ehrenamtes ist aus liberaler Sicht deshalb eine wichtige politische Aufgabe, weshalb wir uns insbesondere für eine optimierte Öffentlichkeitsarbeit und die Einführung von Ehrenamtsmessen einsetzen. Die Entfaltung ehrenamtlicher Aktivitäten darf jedoch nicht durch überzogene Interpretationen der Hygieneverordnung und von Brandschutzregelungen behindert werden.

Ein unkomplizierter Staat

Das Saarland soll nach dem Willen der FDP das Bundesland mit der modernsten Verwaltung werden. Wir fordern daher den strikten Abbau überflüssiger Verordnungen und Vorschriften. Zugleich fordern wir verschlanke und prozessoptimierte Strukturen in der öffentlichen Verwaltung. Die Arbeitsschritte der Verwaltung, wie auch ihre Struktur, müssen auf Notwendigkeit, Effizienz und Nutzen hin überprüft und bei Bedarf reorganisiert werden. Bei der Definition der Aufgaben der öffentlichen Verwaltung ist die Priorisierung auf staatliche Kernaufgaben zu beachten.

Durch diese Maßnahmen soll eine effiziente bürgernahe Verwaltung erreicht werden. Dies liegt gleichermaßen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger wie im Interesse unserer gut ausgebildeten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den unterschiedlichen Laufbahnen des Öffentlichen Dienstes, die ausdrücklich die Wertschätzung der Freien Demokraten genießen. Die Freien Demokraten sehen es als Aufgabe von Land und Kommunen als Dienstherr im Rahmen ihrer Arbeitgeber- und Fürsorgepflichten, für eine gute Ausstattung der Arbeitsplätze, für effiziente Abläufe, für ein motivationsförderndes Arbeitsklima sowie Fortbildungs- und Aufstiegschancen zu sorgen. Nach Überzeugung der Freien Demokraten wird dann ganz selbstverständlich auch mehr Bürgernähe erreicht, wenn Verwaltung die eigenen Mitarbeiter nicht ausbremsst.

Die FDP ist gegen die Einführung eines freiwilligen Polizeidienstes durch Bürger, da die Schaffung von innerer Sicherheit Kernaufgabe des Staates ist.

Ein polizeilicher Ordnungsdienst ist ebenfalls nicht zielführend, stattdessen schlägt die FDP Saar die Wiedereinführung des Mittleren Dienstes bei der Polizei vor.

Das Saarland braucht eine Verwaltungsstrukturreform.

Die Freien Demokraten fordern daher in einem ersten Schritt die Reduzierung der Anzahl der saarländischen Landkreise auf maximal drei. Nach Schaffung der verfassungsrechtlichen Grundlagen will die FDP dann in einem zweiten Schritt die Streichung der Verwaltungsebene der Landkreise und eine dem Vorbild von Stadtstaaten entsprechende Verwaltungsstruktur erreichen. Der Ruf nach mehr Vernetzung zwischen den einzelnen Städten und Gemeinden zeigt bisher nur wenig Wirkung. Statt ernsthaft an Kooperationsmodellen zu arbeiten und diese auch zu implementieren, bleibt es im Wesentlichen bei verbalen Aktivitäten. Durch die Übertragung von Aufgaben an interkommunale und Landesgesellschaften könnte nicht nur viel gespart werden, es würden auch Synergieeffekte entstehen, die die Sparwirkung zusätzlich erhöhen. Dies wäre zum Beispiel im Bereich Sozial- und Jugendhilfe möglich, bei der Bauaufsicht, bei Krankenhäusern und Schulen, bei Veranstaltungshallen und Sportplätzen. Das Saarland mit einer Bevölkerung von knapp einer Million Einwohner braucht dringend eine dem Vorbild von Stadtstaaten vergleichbare einfache Verwaltungsstruktur. Eine solch grundlegende Reform hätte einen weiteren Effekt: sie würde alle Bürgerinnen und Bürger ebenso wie die Unternehmen von überflüssigem bürokratischen Ballast befreien.

Auch für die Aktivitäten der öffentlichen Verwaltung bietet die Digitalisierung Chancen: Wir wollen nach dem Vorbild Estlands die Digitalisierung aller öffentlichen Dienstleistungen im Land und in den Kommunen, um so Verwaltungsabläufe effizienter und bürgerfreundlicher zu gestalten.

Da die Menschen im Saarland am besten wissen, was gut für sie ist, wo es Defizite zu verringern gilt, wollen wir die direkte Demokratie im Saarland stärken.

Bereits heute nehmen die Kommunen eine Vielzahl polizeilicher Aufgaben wahr. Die FDP Saar ist in Anbetracht der Leistungsfähigkeit unserer Kommunen gegen eine weitere Übertragung polizeilicher Aufgaben auf die kommunale Ebene.

Freie und neutrale Medien sind für das Gelingen einer Demokratie unerlässlich. Nicht nur auf Bundesebene oder in anderen Ländern, auch im Saarland gibt es eine zu enge Verknüpfung zwischen dem Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk und dem Staat. Die FDP Saar setzt sich daher für eine Reform des SMG (Saarländischen Mediengesetz) mit dem Ziel der Stärkung der Staatsferne des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks ein.

Chancen schaffen und nutzen

Die FDP Saar kämpft gegen jede Art von Diskriminierung. Jeder Mensch bereichert unser Saarland, unabhängig davon, woher er stammt, wen er liebt, woran er glaubt, als was er arbeitet oder in welcher geistigen und körperlichen Verfassung er sich befindet.

Bildung ist der Schlüssel für die Teilhabe an wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aktivitäten. Statt Alimentation ist es das Ziel der FDP, Menschen mit Behinderung eine aktivierende Hilfe anzubieten. Diese ermöglicht es, ein möglichst selbstbestimmtes Leben zu führen. Wirtschaftliche Integration wiederum ist der zentrale Bestandteil sozialer Integration. Daher fordert die FDP auch einen möglichst raschen Zugang von Asylbewerbern zum Arbeitsmarkt. Voraussetzung dafür sind niedrigschwellige Bildungsangebote von

Deutschkursen über Ausbildungsangebote bis hin zu Zugängen zu saarländischen Hochschulen. Die FDP spricht sich zudem für ein Zuwanderungsrecht aus, das eine kontrollierte, bedarfsgerechte Zuwanderung von beruflich qualifizierten Menschen und deren Familien ermöglicht.

Die Wahl des Glaubens ist für Liberale die private Entscheidung jedes Einzelnen. Der Glaube ist keine öffentliche Angelegenheit und bedarf keiner staatlichen Einmischung. Daher lehnen die Freien Demokraten ein generelles Tanzverbot an bestimmten Feiertagen ab.

Lebenschancen kann nur derjenige nutzen, der in Sicherheit lebt. Ein sicheres Leben setzt voraus, dass auch vermeidbare Schäden an der eigenen Wohnung bzw. am eigenen Haus vermieden werden. Die SaarLiberalen sprechen sich daher gegen den Stopp des Abpumpens von Grubenwasser im Saarland aus, bis nicht zweifelsfrei geklärt ist, dass ein Pumpstopp keine Gefährdung für Mensch und Umwelt darstellt. Hierzu fordert die FDP Saar die Landesregierung auf, dies von unvoreingenommenen Experten ergebnisoffen prüfen zu lassen. Um dies zu gewährleisten, fordert die FDP Saar, dass bei der Auswahl der Experten die betroffenen Kommunen sowie Bürgerinnen und Bürger angemessen beteiligt werden. Dies muss rasch erfolgen, da sich die Verunsicherung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger sowie der Wirtschaft negativ auf die Entwicklung des Saarlandes auswirken kann. Kommt es zu Schäden durch ansteigendes Wasser, sollen diese wie klassische Bergschäden behandelt werden.

Politik, die rechnen kann

Wir Freien Demokraten sind davon überzeugt, dass es sich lohnt, für die Erhaltung des Saarlandes als eigenständiges Bundesland zu kämpfen. Doch die Eigenständigkeit des Landes wird aktuell durch eine ineffiziente und irrationale Politik gefährdet: Wir sehen vermeintliche Prestigeprojekte wie die Fischzucht und das Erbe. sowie die Kostenexplosion beim Vierten Pavillon und bei der HTW kritisch. Wir wollen konsumtive Ausgaben kürzen und Investitionen in den Kernaufgaben des Staates – Bildung, Forschung, Infrastruktur und Sicherheit – stärken.

Die Eigenständigkeit des Landes kann nur dann erhalten werden, wenn das Land den Schuldenstand in den Griff bekommen wird. Der Abbau von Schulden darf jedoch nicht dazu führen, dass die Lebenschancen im Saarland gegenüber anderen Bundesländern gemindert werden. Stattdessen fordert die FDP, die Strukturen (insbesondere der Verwaltung) effizienter zu gestalten und Kooperationen mit anderen Bundesländern bei Verwaltungsaufgaben zu intensivieren.

Auch die saarländische Polizei ist von den Auswirkungen des demographischen Wandels betroffen. Daher ist es das Ziel der SaarLiberalen, ein systematisches Gesundheitsmanagement und langfristige Arbeitskonten für die Bediensteten der saarländischen Polizei einzurichten. Wir treten für eine Stärkung der Selbstverwaltung der Justiz ein, um die Unabhängigkeit der Gerichte und deren Funktionieren zu gewährleisten. Entscheidungen der Gerichte über die Geschäftsverteilung, die Organisation und Abläufe

obliegen den Gerichten und nicht der Parteipolitik. Im Strafvollzug sollte die Resozialisierung gestärkt werden, unter anderem durch entsprechend qualifizierte Mitarbeiter.

Sicherheit ist eine unverzichtbare Voraussetzung für Freiheit. Daher setzt sich die FDP für eine bessere personelle, finanzielle und sachliche Ausstattung von Polizei und Justiz ein. Polizeiarbeit muss aber effizient sein, deshalb sind Polizeitätigkeiten von aufgabenfremdem und bürokratischem Ballast zu entschlacken. Die Wiedereinführung des mittleren Dienstes kann hierzu einen Beitrag leisten. Um das Vertrauen in den liberalen Rechtsstaat und seine Institutionen zu fördern, gilt es, die Verfolgung und Verurteilung von Kriminellen, insbesondere Intensivtätern, zu beschleunigen.

Die Digitalisierung bringt nicht allein Chancen mit sich, sondern stellt durch die rasante technische Entwicklung die Polizei vor immer neue Herausforderungen. Wir fordern daher, dass die Polizei hinsichtlich ihrer Ausstattung und Ausbildung in die Lage versetzt wird, mit der digitalisierten Kriminalität Schritt zu halten. Bei der Staatsanwaltschaft soll eine Zentralstelle für Datenschutzverstöße (für Strafsachen und Ordnungswidrigkeiten) eingerichtet werden.

Wesentliches Element liberaler Sicherheitspolitik ist die Prävention. Dies bedeutet auch, Orte so zu gestalten, dass kriminelle Handlungen dort erschwert werden. Die FDP lehnt eine flächendeckende Videoüberwachung öffentlicher Räume ab und spricht sich für eine gezielte, unter Umständen auch temporäre Videoüberwachung aus, die den Anforderungen von effektiver Kriminalitätsprävention und Strafverfolgung dient.

Die SaarLiberalen vertreten das Prinzip des Vorankommens durch eigene Leistung. Dies gilt auch für Kommunen: Wir wollen den kommunalen Finanzausgleich transparenter und für die Kommunen gerechter gestalten. Kommunen, die klug und erfolgreich wirtschaften, dürfen nicht unverhältnismäßig zugunsten derjenigen Kommunen belastet werden, die unseriös wirtschaften.

Selbstbestimmung in allen Lebenslagen

„Selbstbestimmung in allen Lebenslagen“ – diese Kernforderung liberaler Politik gilt für junge wie für alte Menschen. Sie muss insbesondere in Grenzsituationen des Lebens gelten. Die FDP fordert Selbstbestimmung des leidenden Menschen über die Art und Weise seiner medizinischen Behandlung. Gleiches gilt für die Pflege, insbesondere in Pflegeheimen. Niemand darf sich anmaßen, sich über den Willen des Patienten und sein Selbstbestimmungsrecht hinwegzusetzen, auch am Lebensende. Mit Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht hat unsere Rechtsordnung Mittel bereitgestellt, die das Selbstbestimmungsrecht auch dann wahren, wenn der Patient seinen Willen nicht mehr selbst durchsetzen kann. Davon unabhängig hat unsere Gesellschaft die Pflicht, durch Förderung von Palliativmedizin und Hospizen die Lage des leidenden Menschen so erträglich wie möglich zu machen. Die FDP setzt sich deshalb nachdrücklich dafür ein, die Angebote der Palliativmedizin und von Hospizen im Saarland deutlich auszubauen. Außerdem sind höhere

Mittel für Forschung und Lehre bereitzustellen, um die Qualifikation von Fachärzten, Pflegepersonen und Sterbebegleitern zu verbessern.

Für ein selbstbestimmtes Leben in allen Lebenslagen ist ein effektives Krankenhausssystem notwendig. Die FDP fordert für das Saarland einen Krankenhausplan für ein sinnvolles und effizientes Krankenhausssystem. Kaputtsparen als auch der Abbau von Krankenhausbetten sind keine strategisch sinnvollen Politikentscheidungen. Pflegenotstand und Finanznot der Krankenhäuser sind hausgemacht: Die Landesregierung kommt ihren Finanzierungsverpflichtungen nicht nach. Die SaarLiberalen fordern daher, dem Haushaltsnotstand zum Trotz, eine ausreichende Finanzierung der Krankenhausinvestitionen sicherzustellen. Investitionen zu Lasten der Personalkosten verringern die Leistungsfähigkeit der Krankenhäuser und müssen abgestellt werden, denn die verfolgte Praxis führt nur zur schlechteren pflegerischen und ärztlichen Versorgung.

Um diesem lebenswichtigen Thema die nötige Aufmerksamkeit schenken zu können, fordern die SaarLiberalen, den Krankenhausplan erst nach der Landtagswahl und Neubildung einer Landesregierung zu erstellen und spätestens zum 01.01.2018 umzusetzen. Hierzu fordern die SaarLiberalen: Im Saarland muss eine, dem Bedarf angepasste, Versorgung auf verschiedenen Leistungsebenen (Grund-, Regel-, Schwerpunkt- und Maximalversorgung) gewährleistet sein. Wir wollen mehr Schwerpunkte und Kooperationen. Eine moderne, die Notfallversorgung und Frühgeborenenversorgung gewährleistende Krankenhausplanung muss umgesetzt werden.

Der demographische Wandel im Saarland zeigt sich nicht allein in der abnehmenden Bevölkerungszahl und der zunehmenden Migration, sondern auch im steigenden Durchschnittsalter der saarländischen Bevölkerung. Dies muss die Krankenhausplanung berücksichtigen: Die FDP fordert eine sektorübergreifende geriatrische Versorgung für alle alten Patienten in Akutkrankenhäusern. Damit soll die Behandlung vor allem in chirurgischen Kliniken verbessert werden. Ein effektives Gesundheitssystem zeichnet sich auch durch Dezentralität aus: Die FDP setzt sich entsprechend für eine flächendeckende und wohnortnahe ambulante medizinische Versorgung durch freiberufliche Ärztinnen und Ärzte ein.

Auch im Bereich des Gesundheitswesens sehen die SaarLiberalen Chancen durch Digitalisierung: Die FDP will die Telekooperation aller Gesundheitsdienstleister möglich machen, damit Patienten- und vor allem Untersuchungsdaten zwischen den Behandlern ausgetauscht werden können. Dies ist bei akuten schwerwiegenden Krankheiten (z.B. Herzinfarkt, Schlaganfall, Unfall) lebensrettend. Die Datensouveränität des Patienten muss dabei gesichert bleiben. Hierzu soll ein „Runder Tisch Medizin 4.0“ ins Leben gerufen werden, um das Projekt der Telekooperation zu begleiten und zeitnah umzusetzen. Die im Saarland vorhandene IT-Kompetenz muss dabei eingebunden werden.

Eine große Herausforderung für die Zukunft ist das Beibehalten einer hinreichenden Zahl an Ärztinnen und Ärzten im Land. Daher spricht sich die FDP Saar gegen das Tarifeinheitsgesetz aus, das die gewerkschaftlichen Mittel des Marburger Bundes einschränkt und damit zum Exodus der deutschen Medizinerinnen und Mediziner ins Ausland beiträgt. Doch nicht allein das Halten der medizinischen Fachleute ist eine Herausforderung, sondern auch die ausreichende Ausbildung: Die Zahl der Studienplätze in Deutschland und im Saarland muss

erheblich gesteigert werden. Import von Ärztinnen und Ärzten aus dem Ausland führt zu Defiziten in den Herkunftsländern, denen zudem die hohen Ausbildungskosten aufgebürdet werden. Die Freien Demokraten sprechen sich entsprechend für die Weiterentwicklung der medizinischen Fakultät aus. Bei der Mediziner-Ausbildung erachten wir einen stärkeren Saarlandbezug für notwendig, um das im Land zu erwartende Medizinerdefizit zu verringern, und sehen ein individuelles persönliches Auswahlverfahren als notwendig an.

Wesentlich ist dabei jedoch eine Neuausrichtung des Verhältnisses des Uniklinikums. Weg von der Rolle eines subventionierten Wettbewerbers hin zu einer Umsetzung einer Kooperation mit den niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten und den Krankenhäusern. Nur so können die umfangreichen Förderungen in den Klinikbetrieb in Homburg gerechtfertigt werden.

Ein großes Potenzial für die saarländische Gesundheitsbranche sehen die SaarLiberalen in dem Markt der Großregion. So ist es das Ziel der FDP, endlich mit den französischen Behörden eine gute Krankenversorgung der Patienten beidseits der Grenze zu realisieren. Auch soll eine Gesundheitsmesse mit Präsentation der Gesundheitsanbieter in der Großregion die Marktchancen verbessern. Damit wird auch der Messestandort gestärkt und das Einzugsgebiet von Messe und Gesundheitsanbietern vergrößert.

Die Herausforderungen einer alternden Gesellschaft werden insbesondere in der Pflege deutlich: die Ansprüche an die Pflege und deren effiziente Organisation wachsen. Insofern sieht die FDP große Potenziale für Kräfte mit akademischer Ausbildung in diesem Bereich. Im freien Wettbewerb sollte eine flächendeckende Etablierung von Einrichtungen der Hospiz- und Palliativversorgung erfolgen.

Es ist nicht Aufgabe des Staates, Menschen einen gesunden Lebensstil zu verordnen. Seine Verantwortung liegt vielmehr darin, das nötige Wissen zu vermitteln, sich eigenverantwortlich zu verhalten. Dies gilt auch für die Drogenpolitik. Hier treffen sich Gesundheits- und Sicherheitspolitik. Gesellschaftliche Probleme mit Drogen entstehen primär nicht durch den Konsum, sondern durch deren illegale Beschaffung. Ziel der FDP ist es daher einerseits, die Beschaffungskriminalität einzudämmen und gleichzeitig den Abhängigen zu helfen, zu einem eigenverantwortlichen und selbstbestimmten Leben zurückzufinden. Andererseits fordern die SaarLiberalen im Bereich des Cannabis-Konsums eine regulierte Legalisierung in lizenzierten Geschäften.

Eine wesentliche Funktion für die soziale Teilhabe hat Sport. Sport hat – wenn verantwortungsvoll betrieben – auch positive Auswirkungen auf die eigene Gesundheit und fördert damit ein selbstbestimmtes Leben. Die FDP setzt sich für einen bedarfsgerechten Erhalt und einen effizienten Betrieb von Sportstätten im Saarland ein.

Die Freien Demokraten wollen eine stärkere Vermarktung des Gesundheitsstandortes Saarland, so dass die Ausländer gezielt für medizinische Behandlungen, im besten Fall in Kombination mit einem Urlaub, ins Saarland kommen. Dazu muss eine Anpassung an die Bedürfnisse der ausländischen Gäste sowie einer Marketinginitiative in den Herkunftsländern der Zielgruppe erfolgen. Dies macht eine Kooperation zwischen Gesundheits- und Tourismuswirtschaft erforderlich.

FDP Landesverband Saarland

Ursulinenstraße 39

66111 Saarbrücken

Tel.: 0681 927290

Fax: 0681 9272929

www.fdp-saar.de

info@fdp-saar.de